

Manuel Sarrazin

Mitglied des Deutschen Bundestages Sprecher für Osteuropapolitik

Manuel Sarrazin MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

S.E. Botschafter von Ungarn Dr. Peter Györkös

Unter den Linden 76 10117 Berlin Bundestagsbüro

 Stefanie Dobbertin
 +49 (30) 227 717 36

 Carolin Holzhäuser
 +49 (30) 227 717 37

 Stephan Bischoff
 +49 (30) 227 717 38

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Fax: +49 30 227-767 37 manuel.sarrazin@bundestag.de www.manuelsarrazin.de

Berlin, 03.04.2020

Sehr geehrter Herr Botschafter, lieber Peter,

vielen Dank für Dein Schreiben bezüglich meiner Pressemitteilung und ebenfalls für die Übersendung der Replik von Ministerin Varga. Du weißt, dass ich den offenen und ehrlichen kritischen Austausch mit Dir sehr schätze und unbedingt bewahren will.

Ich halte mich für einen besonnenen, nüchternen und wohlwollenden Freund Ungarns. Ich neige in meiner Einschätzung zur politischen Entwicklung anderer Länder nicht zu Alarmismus – dies gilt selbstverständlich auch für Ungarn. Und ich bin auch keineswegs fehlerfrei und habe deswegen auch meine Einschätzung vor dem Hintergrund des Schreibens von Ministerin Varga noch einmal überprüft. Der Kernpunkt unseres Dissens ist dabei im Schreiben von Frau Varga erfreulich klar und offen dargelegt: "Deshalb hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem sie um die Zustimmung zur Verlängerung der Wirksamkeit der in der Notsituation bisher ergriffenen Maßnahmen zu bestätigen und um eine Ermächtigung zu weiteren Maßnahmen ersucht. Leider ist das Ende der Epidemie noch nicht absehbar, sodass wir nicht festlegen können, wie lange die Notsituation andauern wird. Daher weitet der Entwurf die Gültigkeit der in dieser Zeit beschlossenen Verordnungen nicht auf ein bestimmtes Datum aus, sondern legt fest, dass diese so lange in Kraft bleiben sollten, bis die Regierung oder das Parlament eine gegenteilige Entscheidung trifft." Ich halte dieses Vorgehen für falsch und für gefährlich und im Zusammenhang mit den strukturellen Mängeln



der ungarischen Parteiendemokratie für ein potentielles Einfallstor einer faktischen Beendigung einer effektiven Gewaltenteilung. Dabei möchte ich ausdrücklich festhalten: Ich sehe durchaus Ungarn nicht als einzige Demokratie an, die in einer solchen Krise zu solchen Ermächtigungen greifen könnte und sehe Ministerpräsident Orbán zwar als wesentlichen, aber nicht einzigen Verantwortlichen für die Mängel der ungarischen Demokratie an. Die Kombination aus beiden bereitet mir aber besondere Sorgen. Ungeachtet dessen habe ich in meinen öffentlichen Statements gefordert, dass die EU-Kommission in dieser Angelegenheit eine Überprüfung aller nationalen Regelungen in der EU-27 im Zuge der Pandemiebekämpfung in Bezug auf die Konformität mit dem Europarecht, insb. Artikel 2 EUV, vornimmt und sich nicht alleine mit Ungarn diesbezüglich befasst.

Es ist richtig, dass die Bewältigung dieser Krise besonderer Maßnahmen bedarf. Dies sehen wir in nahezu allen betroffenen Ländern. Als Parlamentarier sehe ich aber nicht, dass die fristlose Umgehung des Parlaments und seiner Kontrollfunktion einen Mehrwert für die Überwindung der Krise hätte. Vielmehr sehe ich hier eine Gefahr für die Gewaltenteilung, die die Grundlage unserer demokratischen Ordnung in Europa bildet. Deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass der Deutsche Bundestag in seiner Gesetzgebung genau diese Punkte anders geregelt hat.

Auf die besorgniserregenden Einschränkungen der Medienfreiheit ist die Ministerin in ihrem Schreiben nicht eingegangen. Uns allen ist es gemeinsam wichtig, dass wir die europäische Gesellschaft vor bewussten Falschnachrichten schützen, denn diese können ein zusätzliches Gesundheitsrisiko darstellen. Trotzdem braucht es gerade auch in Zeiten der Krise eine freie und unabhängige Berichterstattung, die in der Lage sein muss, Missstände aufzudecken und Entwicklungen einzuordnen. Es braucht eine verbindliche Trennung zwischen bewussten Falschnachrichten und ggfs. unkorrekter Berichterstattung. Dies ist in meiner Einschätzung nach, in den vorliegenden Regelungen der ungarischen Regierung nicht gegeben.

Mit herzlichen Grüßen und in der Hoffnung, dass Du, Deine Lieben und Dein Land gesund durch diese Krise kommen!

Manuel Sarrazin